

## Sammelstiftung

Schwere Vorwürfe  
an Swiss Life

Streit um Millionen — 38

## Glanzidee

Künstliche DNA macht  
Gold transparenter

Junge Zürcher Firma — 41



SMI 11'226 0,9% SPI 14'454 1,3% STOXX 50 4026 0,2% DAX 15'438 0,1% Dow Jones 34'208 -0,1% EUR/CHF 1.09 -0,1% USD/CHF 0,9 -0,4% Brentöl 66.7 USD -3,0% Gold Fr./kg 54'304 1,7% (im Wochenvergleich)



Die Hinterlassenschaft des ehemaligen Credit-Suisse-Präsidenten Urs Rohner: Der Ruf nach strengeren Regeln Foto: Anna-Tia Buss

# Bankmanager sollen persönlich haften

Nach der Skandalserie bei Credit Suisse und UBS wollen Politiker, Fachleute und sogar Banker, dass die Aufsicht fehlbare Manager zur Kasse bitten kann

Holger Alich

Im Mai 2018 verdonnerte die britische Aufsichtsbehörde den Chef der Grossbank Barclays, Jes Staley, zu einer Busse und Bonusrückzahlungen von insgesamt 1,1 Millionen Pfund, umgerechnet 1,4 Millionen Franken. Er hatte den bankeigenen Sicherheitsdienst dafür eingespannt, einen Whistleblower ausfindig zu machen.

Persönliche Geldstrafen und Bonusrückzahlungen, angeordnet von der Aufsicht: Dieses Instrument wünschen sich nicht nur linke Politiker in der Schweiz. Letzte Woche hatte die Wirtschaftskommission des Nationalrats zwar ein Postulat des grünen Nationalrats Gerhard Andrey abgelehnt. Sein Vorschlag: Der Bundesrat sollte in einem Bericht aufzeigen, ob und wie das britische «Senior Managers and Certification Regime» in der Schweiz eingeführt werden könnte.

Doch damit ist der Fall nicht erledigt. «Wir behalten das Thema sicher

auf der Agenda und überlegen uns derzeit die passende Strategie dafür», sagt Andrey. SP-Chef Cédric Wermuth kündigte in der «Finanz- und Wirtschaft» bereits an, in der Frage «über das Gesamtparlament zu gehen». Mehrere Vorstösse seien in Arbeit, die Bankenregulierung zu verschärfen.

Hinter vorgehaltener Hand äussern auch bürgerliche Politiker Sympathien für die Idee. «Es ist keine schlechte Idee, die Instrumente der Aufsicht von Zeit zu Zeit zu überprüfen», sagt ein prominenter Vertreter des bürgerlichen Lagers. Ein Ansatz wäre, das Sanktionsinstrumentarium der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) «umfassender» zu machen.

Sogar prominente Bankenvertreter fordern härtere Regeln. «Es gibt ganz dringenden Handlungsbedarf, die persönliche Haftung von Bankmanagern zu stärken», sagt Christoph Gloor, Bankier und ehemaliger Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken. Bankmanager würden schnell hohe

Bussen akzeptieren, «denn diese müssen nicht sie, sondern die Bank und damit die Aktionäre bezahlen».

«Es kann nicht sein, dass Urs Rohner über 40 Millionen Franken bekommen hat und am Ende die Credit Suisse in einem solch desolaten Zustand hinterlässt, ohne dass dies Konsequenzen für ihn hätte», sagt Gloor. Und er fügt an: «Hier ist die Politik gefordert, dies aus gesellschaftspolitischen Gründen. Hier wird ein gesamter Berufsstand in Misskredit gebracht.»

Die Schweizerische Bankiervereinigung will nichts von neuen Haftungsregeln für Bankmanager wissen.

### Nur wenige Einzelpersonen unterstehen der Aufsicht

Die Finma ist von der Idee angetan, ihr Instrumentarium zu ergänzen: «Wir begrüßen es, wenn über Optimierungen im Bereich Corporate Governance und Fragen punkto persönlicher Verantwortlichkeit von Managern nachgedacht wird», teilt die Finma mit. Wie genau

das aussehen könnte, dazu schweigt die Aufsicht – wohl auch, um ihren Kritikern aus dem bürgerlichen Lager keine Munition zu liefern.

Derzeit hat die Finma nur zwei Instrumente, um gegen Bankmanager vorzugehen: Sie kann der obersten Geschäftsleitung und den Mitgliedern des Verwaltungsrats absprechen, Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit zu bieten. Sprich, die Finma verneint, dass sie alle charakterlichen und fachlichen Eigenschaften haben, eine Bank zu führen.

«Davon ist nur eine verschwindend kleine Anzahl Personen betroffen», erklärt ein Experte für Bankenregulierung. «Alle anderen unterstehen keiner Aufsicht als Einzelperson.»

Zum ändern kann die Finma Berufsverbote gegen fehlbare Bankmitarbeiter aller Hierarchiestufen aussprechen. Das ist quasi die Atombombe in ihrem Arsenal. Entsprechend hoch liegt hier

Fortsetzung — 36

## Homeoffice ist erwünscht

Nur wenige Angestellte wollen zurück ins Büro

Höchstwahrscheinlich schon diesen Mittwoch wird der Bundesrat die Homeoffice-Pflicht lockern – oder unter dem Druck der Kantone sogar ganz aufheben.

Kehren also bald 100 Prozent der Angestellten wieder in ihr Büro zurück? Nein, besagt eine noch unveröffentlichte repräsentative Umfrage der Steiner AG, einer der grössten Immobilienentwicklerinnen der Schweiz. In ihrem Auftrag hat das Marktforschungsinstitut Marketagent vom 7. bis zum 13. April gut 1000 Berufstätige aus der Deutsch- und der Westschweiz befragt, wo sie nach der Pandemie arbeiten wollen.

Das Ergebnis: 91 Prozent der Befragten, die zurzeit zu Hause arbeiten oder dies zumindest theoretisch könnten, möchten dies auch künftig tun. Nur 5 Prozent der aktuell im Homeoffice Tätigen möchten nicht mehr zu Hause arbeiten, 9 Prozent lehnen Homeoffice nach Corona kategorisch ab. 55 Prozent der Berufstätigen, bei denen Homeoffice möglich ist, möchten die Hälfte ihres Arbeitspensums oder mehr zu Hause arbeiten.

### Viele wollen den Fünfer und das Weggli

Gleichzeitig wollen jedoch viele mindestens teilweise wieder zurück ins Büro. Dabei haben sie hohe Ansprüche: Das Büro soll an zentraler Lage mit guter Anbindung an den öffentlichen Verkehr liegen. Und der Arbeitgeber soll den Beschäftigten einen fixen eigenen Arbeitsplatz bieten.

Vermehrt zu Hause arbeiten und doch einen festen Arbeitsplatz im Büro haben – das bedeutet nichts anderes, als dass ein guter Teil der Angestellten den Fünfer und das Weggli will.

«Viele Arbeitnehmende wollen das Beste aus beiden Welten: die Freiheit des Homeoffice, aber trotzdem weiterhin das vertraute Umfeld im Büro», schreibt die Steiner AG. Heute verfügen zwei Drittel der Befragten über einen fixen Büroarbeitsplatz.

Die Umfrage zeigt auch: Jüngere möchten in überdurchschnittlichem Mass vermehrt zu Hause arbeiten. Ein Homeoffice-Angebot könne künftig ein Vorteil bei der Rekrutierung werden, schlussfolgert die Steiner AG.

Vor allem bei den grösseren Unternehmen und in den Städten hat die Pandemie einen Schub für die Arbeit von zu Hause aus ausgelöst. Auf dem Land und in kleineren Betrieben ist das deutlich weniger der Fall. «Es ist deshalb davon auszugehen, dass vor allem in urbanen Regionen die Arbeitsplätze neuen Arbeitsmodellen angepasst werden und dass sich dadurch die Anforderungen an Büroflächen verändern», schreiben die Studienautoren.

Peter Burkhardt